

## **In dubio pro libertate**

Rede zum Festakt

anlässlich des 50jährigen Jubiläums

der Friedrich–Naumann–Stiftung für die Freiheit

am 19. Mai 2008

von

Lord Ralf Dahrendorf

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Glückwünsche zum 50. Geburtstag der Friedrich-Naumann-Stiftung, die zu entbieten die Einladung zu dieser Festrede mich ermutigt, kommen von einem Liberalen besonderer Prägung. Als Kind und Teenager wuchs ich in einer Familie auf, die mit „den Lebers“ – der Familie des bedeutenden Widerstandsmannes Julius Leber – befreundet war. Mein Vater nahm mich aber auch mit, um (es war schon während des Krieges) in einer Berliner Kunsthandlung den früheren Reichstagskollegen der anderen, liberalen Fraktion, Theodor Heuss, zu treffen. Leber, vom Volksgerichtshof nach dem 20. Juli im gleichen Prozess wie mein Vater verurteilt, wurde hingerichtet. Mein Vater kam aus dem Zuchthaus Brandenburg zurück in das zerstörte Berlin. Wir wohnten damals in Zehlendorf, nicht weit von Annedore Leber. In beiden Häusern war Lebers Lübecker „Ziehsohn“ Willy Brandt, noch in norwegischer Uniform, mehrfach zu Gast. Mein Vater, Arbeiterkind und Sozialdemokrat, fand sich bald erneut im Kampf um die Freiheit. Er war im Vorstand der ostzonalen SPD und stimmte in der entscheidenden Abstimmung im Februar 1946 gegen die Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zur SED.

Es hat etwas leicht Peinliches, viele Jahre später die politische Haltung des längst verstorbenen Vaters zu interpretieren; aber ich glaube, niemanden in die Irre zu führen, wenn ich sage, dass Gustav Dahrendorf ein liberaler Sozialdemokrat war. Jedenfalls war er unbequem. Von der Befürwortung des relativen Mehrheitswahlrechts bis zur Unterstützung der, von der damaligen SPD mit Skepsis, ja Ablehnung begleiteten, ersten Schritte zur europäischen Einigung, vertrat er eine eigene Meinung, und er sprach immer wieder vom Menschen als Maß aller Dinge, vor allem aber von der Freiheit, die er zweimal in seinem Leben – 1933 und 1946 – vor allen anderen Interessen und Werten unter persönlichen Opfern verteidigt hatte. Dass er seinem Sohn die Freiheit ließ, eigene politische Wege zu gehen, war da fast schon selbstverständlich.

So fand ich mich anderthalb Jahrzehnte nach der dramatischen Berliner Entscheidung im eher idyllischen Tübingen, als die Bundesrepublik Deutschland mit der „Spiegel“-Affäre ihre erste große Krise erlebte. Der junge Professor verteilte nicht nur Flugblätter auf der Eberhardsbrücke, sondern beschloss auch, politisch aktiv zu bleiben. Bei den Gemeinderatswahlen von 1963 ließen sich mehrere Kollegen wie ich von Parteien zu Kandidaturen bewegen. Mein juristischer Kollege Jürgen Baumann kandidierte für die CDU, der Naturwissenschaftler Georg Melchers für SPD und ich für die FDP. Wir hatten allesamt aussichtsreiche Listenplätze, abgesehen von der Tatsache, dass auf den Wahlzetteln unsere Berufsbezeichnung „Universitätsprofessor“ hinter dem Namen stand. Dies veranlasste die damals noch traditionsbewussteren „Gogen“, die Tübinger Urbürger, von den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschieren, viel mehr vor allem des Nicht-Kumulierens Gebrauch zu machen. Baumann auf seiner und ich auf meiner Liste wurden so oft gestrichen, dass wir es nicht in den Gemeinderat schafften; Melchers erging es etwas besser, er wurde nur von Platz 1 auf Platz 10 oder so heruntergestrichen, und das reichte gerade noch zur Wahl.

Als derlei geschah, gab es die Naumann-Stiftung schon; zu ihren Gründern, deren Namen sich auf der Stiftungsurkunde finden, gehörte mein Fakultätskollege Walter Erbe. Seine politische Haltung hatte seine akademische Karriere in Berlin nicht gefördert. Nach dem Krieg indes fand der Berliner Privatdozent sich auf einem Tübinger Lehrstuhl. Mehr noch, er wurde bald zum Rektor gewählt. Nach dem erfolgreichen Rektorat, kandidierte er in Stuttgart für den Landtag, in dem er 15 Jahre lang eine bedeutende Rolle spielte. Sein unzeitig früher Tod 1967 hatte (wenn Sie mir eine letzte autobiographische Bemerkung nachsehen) zur Folge, dass die FDP/DVP mir seinen Stuttgarter Wahlkreis antrug, in dem ich im Frühjahr 1968 in den baden-württembergischen Landtag gewählt wurde.

Walter Erbe war – wie auch Theodor Heuss – ein Kulturliberaler. Sein literatenhaftes Äußeres täuschte nicht; mein Vater hätte ihn vielleicht einen Bohemien genannt und dabei leichten Neid mit sanftem Zweifel verknüpft. Nicht nur galt Erbes Hauptinteresse der Kulturpolitik, sondern alles was er öffentlich sagte, verriet seine Heimat in der deutschen Bildungswelt. Man könnte ihn auch einen Humboldt-Liberalen nennen. Von dieser Art gab es in der Naumann-Stiftung manche. Ich denke an Rolf Schroers, aber auch an Barthold Witte. Rings um die Zeitschrift „liberal“, oft auch an der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach, versammelten sich die Kulturliberalen und prägten auf ihre Weise ein Stück deutscher Nachkriegsgeschichte.

Die Naumann-Stiftung ging dann aber, im Gleichklang mit den anderen sogenannten „politischen“ Stiftungen, auch andere Wege. Dafür war nicht zuletzt ein junger Entwicklungshilfeminister im letzten Kabinett Adenauer verantwortlich, nämlich Walter Scheel. Er hatte die durchaus liberale Idee, dass die Förderung der Entwicklung anderer Länder nicht, jedenfalls nicht materiell, von Staats wegen betrieben werden sollte. Daher suchte er Wege, um Entwicklungshilfe auf Armeslänge zu betreiben, also mit Hilfe von Nicht-Regierungsorganisationen, die die öffentlichen Mittel vor Ort für von ihnen begleitete Projekte verwenden. Das war eine jener scheinbar formalen Entscheidungen mit weitreichenden materialen Folgen und hat neben dem Hauptzweck die Stiftungen enorm gestärkt. Es kann nicht beabsichtigt sein, die Wirkungsgeschichte der Stiftung, deren Jubiläum wir heute feiern, im Einzelnen nachzuzeichnen. Zur Entwicklungsarbeit kam die politische Bildung im eigenen Land, dann die – vor allem mit dem Namen Otto Graf Lambsdorff verbundene – internationale politische Zusammenarbeit, auch die Schaffung einer Art *think-tank* mit originellen Beiträgen zur Debatte liberaler Politik. Dem etwas ferner stehenden – der mittlerweile auf den *cross benches*, den Bänken der Unabhängigen im britischen Oberhaus, seinen Platz hat – ist nicht entgangen, dass auf den Briefbögen der Stiftung der Name Friedrich

Naumanns jetzt ein bisschen kleiner gedruckt wird. Dafür kommt deutlich die Absicht des gegenwärtigen Vorsitzenden Wolfgang Gerhardt heraus: *Stiftung für die Freiheit*.

Das ist ein Signal. Es ist ein willkommenes, aber auch ein antizyklisches Signal. Von der Freiheit ohne Wenn und Aber reden heute nur wenige. In gewisser Weise ist die Freiheit ein Minderheitsideal geworden. Die Mehrheit redet eher von Gerechtigkeit. Zwei Drittel aller Deutschen sind laut Auskunft der Meinungsforscher überzeugt, dass es in Deutschland ungerecht zugeht. Also wollen viele Freiheit und Gerechtigkeit, oft sogar Gerechtigkeit vor allem. Wer die Freiheit nicht nur zuerst, sondern auch ganz ohne ein „und“, einen zweiten, angeblichen gleichrangigen Wert will, muss Auskunft darüber geben, wie er sich die lebenswerte Welt vorstellt.

Das ist keine einfache Aufgabe. Es ist ja eine historische Erfahrung, dass Zeiten, in denen neue Produktivkräfte sich bahnbrechen, manche sehr reich und viele arm machen. Das war beispielsweise in der großen Zeit des Eisenbahnbaus, also der Rockefellers und Carnegies, der Fall, und es ist sicher der Fall in dieser Zeit der Informationsrevolution seit dem Ende des Kalten Krieges. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weit geöffnet. Innerhalb eines Jahrzehnts ist die Zahl der Dollarmilliardäre von einer Handvoll zu vielen Hundert, ja mehreren Tausend angestiegen. Diese Superreichen haben eine nicht unbeträchtliche Zahl nachgezogen, vielleicht sogar 10% oder sogar mehr, deren Einkommen sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten vermehrfacht hat. Zugleich fand das untere Zehntel sich mit nicht stagnierenden, sondern sinkenden Einkommen in der neuen Welt der Globalisierung wieder. Man braucht keine schein subtilen, statistischen Maße – 60% des Durchschnittseinkommens etwa – , um eine neue Armut zu konstatieren, Kinderarmut, Altersarmut, ganz gewöhnliche Armut in den großen Städten und nicht nur da.

Der Versuchung, von Armut inmitten des Reichtums zu sprechen, muss man zudem widerstehen, denn der neue Reichtum ist nur bedingt zu sehen. Es wäre von Interesse, Untersuchungen darüber anzustellen, was die Superreichen mit ihren Millionen machen. Die berüchtigten Bezieher hoher Managementgehälter legen das Geld ja nicht in 1000-Euro-Noten in ihre Safes. Sie beschäftigen vielmehr Menschen, Sicherheitsexperten und Hausgehilfen, Yachtmannschaften in Mittelmeerhäfen und Piloten für die 6000 privaten Gulfstream-Jets, die heute den Himmel bevölkern, und natürlich die Bauarbeiter für die Mauern rings um die *gated communities*, in denen sie ihre Luxusghettos geschaffen haben. Die Superreichen als Arbeitsgeber – das ist ein unausgeschöpftes soziales Thema.

Dabei wird dann bald etwas deutlich, was zum Kern dieser Überlegung zum Thema Freiheit und Gerechtigkeit führt. In den globalisierenden Gesellschaften haben bestimmte Gruppen gleichsam abgehoben von den Unternehmen, die die Quelle ihres Reichtums sind. Es ist eine eigene Welt jener Bezieher von Spitzeneinkommen entstanden, in der die entscheidenden Signale nicht mehr von denen ausgehen, für die diese Superreichen verantwortlich sind, sondern von den anderen Superreichen. „Es sieht nicht gut aus, wenn unser CEO soviel weniger kriegt, als der der Konkurrenz.“, sagt der Vorsitzende des Aufsichtsrates und die Mitglieder des zuständigen Ausschusses nicken. Da verliert es jeden Sinn zu sagen, der CEO verdiene das 20fache – oder auch 200fache – des Durchschnittseinkommens seiner Beschäftigten. Diese sind vielmehr nicht mehr relevant für die Spitzeneinkommen, sind vielleicht überhaupt entbehrlich. Dann ist es nicht mehr weit zum Nokia-Phänomen, also Massenentlassungen bei hohen Gewinnen, ein Phänomen übrigens, für das viele andere eindringlichere Beispiele liefern als gerade Nokia.

Ist das alles gerecht? Finden hier nicht Entwicklungen statt, die verständlicherweise das Gerechtigkeitsempfinden der Mehrheit beunruhigen? Kann man nicht verstehen, dass viele angesichts solcher Entwicklungen zunächst Gerechtigkeit und dann erst Freiheit wollen? Wer auf die von John Rawls entwickelte „Theorie der Gerechtigkeit“ schwört, also eine Gesellschaft will, in der die am niedrigsten Entlohnten dennoch Einkommen haben, die in anderen denkbaren Gesellschaften auch nicht höher wären, mag zu diesem Schluss kommen. Rawls ist indes zwar der Säulenheilige des in allen Parteien verbreiteten sozialdemokratischen Denkens, aber nicht der Einzige, an dem man sich in der gegenwärtigen Lage halten kann.

Da ist zunächst an zwei heute eher selten zitierte Autoren zu denken, für die Gerechtigkeit eine sinnlose Phrase, ihre Forderung daher ein ideologischer Irrweg ist. Mindestens einer der Namen mag überraschen: es ist die Rede von Karl Marx und Friedrich von Hayek. Meine Doktordissertation über den „Begriff des Gerechten im Denken von Karl Marx“ (die insoweit auch nach 56 Jahren noch gültig ist), begann mit der Beobachtung, dass „Gerechtigkeit“ bei Marx sozusagen nicht vorkommt. Gelegentlich verwendet er das Wort in Anführungsstrichen, um es als Feigenblatt bourgeoisen Selbstlobs zu geißeln. Die kommunistische Endgesellschaft aber beschreibt er nicht als gerecht, sondern vor allem als ein „Reich der Freiheit“, in dem „die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ ist. Der Weg dahin wird zudem nicht von moralischen Prinzipien bestimmt. Die Arbeiterklasse „hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben.“

Das klingt merkwürdig ähnlich bei Friedrich von Hayek, der nicht nur Gerechtigkeit nicht als Ideal akzeptiert, sondern sich über dessen häufige Verwendung mokiert. Gerechtigkeit ist für ihn „sinnlos“. Sie bedeutet, dass gewisse allgemeine Regeln als für alle gültig behauptet werden. „Das lässt sich nicht anwenden auf die Art und Weise, in der der unpersönliche Prozess des

Marktes Kontrolle über Güter und Dienstleistungen bestimmten Personen zuschreibt. Diese kann weder gerecht noch ungerecht sein, denn die Resultate sind weder beabsichtigt noch vorhersehbar und hängen von einer Vielzahl von Umständen ab, die in ihrer Gänze niemand kennen kann."

Marx und Hayek sehen beide unpersönliche Kräfte am Werk – der eine den vom Kopf auf die Füße gestellten Weltgeist, der andere den allmächtigen Markt –, die es erübrigen, moralische Grundsätze oder auch nur politische Programme ins Feld zu führen. Beide brauchen daher die Gerechtigkeit nicht und können sich auf ihre je eigenen Konzeptionen der Freiheit konzentrieren. Sie sind dennoch nicht die Art von Anhängern der Freiheit, denen ich ihnen hier das Wort rede. Beider Dogmatismus widerspricht dem ersten Grundsatz liberalen Denkens, nämlich der Offenheit für neue Wege. *Trial and Error*, Versuch und Irrtum, bedeuten, dass wir nie aufhören dürfen, neue Wege zu versuchen und übrigens, dass der dazu notwendige Mut zur Reform nicht selbstverständlich ist. Er muss wachgehalten werden und er verlangt ein Verständnis von Regeln, das auch den Markt nicht ungeschoren lässt von Recht und Moral.

Es gibt eine gedankliche und politische Position, die den Fundamentalismus, sei es von Marx, sei es von Hayek, ebenso vermeidet, wie den naiven Moralismus der Gerechtigkeitsapostel á la Rawls. Sie wird von Autoren vertreten, die zu meinen bevorzugten Liberalen gehören. Der langjährige Kolumnist der Financial Times, Sir Samuel Brittan, spricht von RML, nämlich von *Redistributive Market Liberals*, zu denen er sich zählt. Ader Turner, der Autor des Buches mit dem bezeichnenden Titel „Just Capital“, hat den Begriff für sich aufgenommen. Ich habe stets bedauert, dass dabei der Begriff der Umverteilung verwendet wird, denn diese mechanische Vorstellung, wonach den Reichen genommen und den Armen gegeben wird, ist weder praktikabel noch hilfreich. Statt von Umverteilungs-Marktliberalismus spreche ich lieber von einem Grundstatus-Marktliberalismus. Die Gesellschaft der Freiheit, die ich suche, kennt also

einen Fußboden, auf dem alle stehen, eine rechtliche und sozialökonomische Grundposition, die niemandem verwehrt, ja die für alle geschaffen wird.

Man kann diesen Grundsatz mit dem Begriff der Bürgerrechte kennzeichnen, mit *citizenship* im Sinne von T.H. Marshalls wichtigem Buch „Citizenship and Social Class“. Dass Gleichheit vor dem Gesetz und politische Teilnahmekancen für alle dazugehören, ist allgemein anerkannt (wenngleich leider nicht allgemein verwirklicht). Auch in einem weiteren Sinn gehört Chancengleichheit zu dem Grundstatus. Dass Bildung Bürgerrecht ist, gilt heute wie vor 40 Jahren, als Hildegard Hamm-Brücher und andere Liberale dafür kämpften und ich ein Büchlein unter diesem Titel schrieb. Indes gehören zum Grundstatus aller Bürger noch andere, kontroverse Themen. Das sind einmal zugängliche und erschwingliche, öffentliche Dienste. Was zu diesen gehört und wie sie „zugänglich und erschwinglich“ werden, ist ein Schlüsselthema liberaler Politik. Noch umstrittener dürfte eine weitere Forderung sein, nämlich ein garantiertes Grundeinkommen für alle. Nicht von Mindestlohn ist die Rede, sondern von einem marktunabhängigen Existenzgeld, auf das alle Anspruch haben und das ein Minimum an (Über-)Lebenschancen garantiert. Das ist ein mittlerweile viel diskutiertes Thema – auch eines, gegen das sich manche Argumente und Erfahrungen ins Feld führen lassen, aber es ist auch ein Thema, das auf der Tagesordnung einer Politik der Freiheit bleiben muss.

Nun wird mancher sagen: ein Grundstatus ist ja schön und gut, aber wie steht es mit den Gulfstream-Eignern in ihren Sozialghettos? Was also sagt der Grundstatus-Marktliberale zu den Superreichen? Wie steht es mit der Ungleichheit überhaupt? Die Antwort, die ich hier vorschlage, ist kontrovers; sie scheidet auch die Freiheitsfreunde von den Gerechtigkeitsuchern. Wenn der Grundstatus garantiert ist, wenn also Existenzsicherung und Chancengleichheit erreicht sind, gibt es prinzipiell keinen Grund, Unterschiede einzuebnen. Mehr noch, die

Ungleichheit der Einkommen und Lebenslagen kann dann zum Stimulus einer offenen, wandlungsfähigen, freien Gesellschaft werden. In diesem Bereich sind Freiheit und Gleichheit nicht komplementäre, sondern widersprüchliche Ziele.

Kann das wirklich so stehen bleiben, als letztes Wort zum Thema? Sicher nicht. Ein Punkt zumindest bedarf besonderer Aufmerksamkeit. Wenn der Status von Menschen diese in die Lage versetzt, die Bürgerrechte anderer zu beschränken, dann ist das in einer freien Gesellschaft nicht akzeptabel. Das war einmal das Thema der Standesgesellschaft, in der die Rittergutsbesitzer „dafür sorgten“, dass die ihnen Anvertrauten „richtig“ wählen. (Die modernen Rittergutsbesitzer sind eher Staats – und Parteifunktionäre.) Es kann indes auch vorkommen, dass ungewöhnlich hohe Einkommen missbraucht werden, um politische Unterstützung zu kaufen. Diese Gefahr mag bei Multimillionären unter Fußballspielern oder Opernsängern gering sein. Sie ist bei Medienunternehmern weit größer und bei den Gewinnern der versteckten Auktion zur Privatisierung von Staatsunternehmen sehr groß. Dort also, wo Status in Macht übersetzbar wird, ist nicht nur äußerste Aufmerksamkeit, sondern auch der regelnde Eingriff am Platze, der indes nicht der Höhe etwa des Einkommens gelten sollte, sondern seiner Qualität, also dem, was mit einem Spitzenstatus getan wird.

Zweimal hat das britische Oberhaus in den letzten Wochen die Frage der „finanziellen Ungleichheit“ debattiert. Beide Debatten wurden übrigens von Bischöfen angeregt. Der eine, der frühere Bischof von Oxford, Lord Harries, argumentierte mit Rawls gegen die Ungleichheit. Wo es große Ungleichheit gibt, gibt es auch Armut, sagt er, und außerdem werde der soziale Zusammenhalt gestört. Der andere, der Primat der englischen Staatskirche und Erzbischof von Canterbury, fand die Ungleichheit weniger anstößig und argumentierte dann mit durchaus liberalen Gedanken. Das Problem, so sagte er, ist die Entfremdung, also die Abkehr der Superreichen vom Rest der Gesellschaft, nicht ihr Status als solcher. „Die Aufgabe ist daher ein

Maß an Vertrauen in die Strukturen der Gesellschaft und ihre wirtschaftlichen Vorgänge wieder herzustellen." Ein guter Freund, der in Indien geborene Ökonom und Labour-Lord, Meghnad Desai fügte noch hinzu, dass nichts dagegen zu sagen sei, wenn Menschen, die enorme Risiken auf sich nehmen, dabei viel verdienen. Wenn sie allerdings viel verlieren, sollten wir konsequent sein und sagen: „Ihr spielt auf dem freien Markt. Dafür gibt es keine Kompensation.“

Wer von Gerechtigkeit reden will, soll es tun; da gibt es keine Sprechverbote. Die meisten, die es tun, gleiten indes allzu rasch von der Sprache der Gerechtigkeit über zur Sprache der Gleichheit. Dabei gerät dann die Freiheit – auch die zum Spiel auf dem freien Markt – leicht aus dem Blick. Das ist nicht nur ein Denkfehler, sondern es kann zu falschem Handeln führen. Amartya Sen, der Ökonomie-Nobelpreisträger, hat uns davor gewarnt, Hungerkatastrophen als bloße Verteilungsprobleme zu sehen. Wo es Meinungs- und Organisationsfreiheit gibt, lassen solche Katastrophen sich zuweilen abwenden und immer bewältigen. Ein anderer bedeutender Ökonom, Paul Collier, hat als Berater der Weltbank argumentiert, dass finanzielle Entwicklungshilfe für die Regierungen der falsche Weg ist; wichtiger ist *governance*, also die Unterstützung freiheitlicher Staatsverwaltung. Die großen Probleme sind oft nur scheinbar Verteilungsprobleme, sie erweisen sich bei näherer Betrachtung als Rechts- und Chancenprobleme: mehr Freiheit hilft eher bei ihrer Lösung, als größere Gleichheit.

Es gibt andere Gefährdungen der Freiheit in dieser Zeit, darunter vor allem das Dilemma von Freiheit und Sicherheit, von individueller Freiheit und öffentlicher Sicherheit. Es gibt andere Aufgaben für Freunde der Freiheit. Ich gehöre zu denen, die im Sinne Immanuel Kants die Freiheit für eine weltbürgerliche Aufgabe halten. Die Kopenhagen-Kriterien der Europäischen Union sind ein Auftrag, der uns zurecht veranlasst hat, tiefgreifende Veränderungen in Kandidatenstaaten anzumahnen. Es gilt also nicht das illiberale „westfälische“ Prinzip der

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Indes will ich nun nicht diesen Bemerkungen weitere Kontroversen zu den Themen Afghanistan und auch Irak hinzufügen. Hier ging es mir um das schwierige Verhältnis von Freiheit und Gleichheit. Wer vor allem die Freiheit will, muss die Chancengleichheit ernstnehmen. Dazu gehört der Grundstatus aller Bürger und die Begrenzung der Fähigkeit, diesen Status kraft illegitimer Macht einzuschränken. Was bleibt, ist aber eine Gesellschaft der Vielfalt und der Unterschiede, auch solcher, die zu Ungleichheit führen. Was bleibt, ist eine offene, wandlungsfähige Gesellschaft – eben eine Gesellschaft freier Bürger.